

## Katzbuckeln nützt nichts

Basel macht den Grossunternehmen ein Steuergeschenk nach dem anderen, um sie bei Laune zu halten. Diese kümmert das offenbar nicht: Novartis wird übel' 2000 Arbeitsplätze in Basel und der Schweiz vernichten.

Der Pharmariese Novartis will in der Schweiz über 2100 Stellen vernichten. Dabei sollen 1400 Stellen in der Produktion und 700 Stellen im Dienstleistungsbereich gestrichen werden. Der Abbau soll gestaffelt über vier Jahre erfolgen, wie der Pharmakonzern mitteilte.

Der Stellenabbau kommt nicht völlig überraschend. Novartis- Verwaltungsratspräsident Jörg Reinhardt hatte bereits anfangs September entsprechende Andeutungen gegenüber der „NZZ am Sonntag“ gemacht. Reinhardt kündigte im Interview Rationalisierungen in Produktion und Verwaltung an. Als Vorwand dafür dienen die sinkenden Nettopreise in den USA. Der tatsächliche Grund wurde vom CEO Vas Narasimhan gegenüber der „AZ“ verraten: „Gegenüber unseren Konkurrenten hinken wir hinterher. Einige von ihnen haben eine deutlich höhere operative Gewinnmarge als wir.“

In geheimen Gesprächen wurden die Kantonsbehörden sowie der Bundesrat schon im Vorfeld vom Kahlschlag bei Novartis informiert. Beat Käser, Gemeindeammann von Stein, zeigt sich allerdings vom Umfang des Abbaus überrumpelt. „Mit so vielen Stellen habe ich nicht gerechnet“, gibt er offen zu. Insgesamt werden in Stein 700 Stellen bis 2022 abgebaut. Dass Novartis Umschulungen anbietet und in Stein neue Stellen schaffen will, erinnere ihn an die Redewendung vom „Zuckerbrot und der Peitsche“.

### Kein gutes Timing?

Die Stimmung bei den ArbeiterInnen ist gedrückt. Man habe gehaut, dass es zu einem Abbau kommen werde, ist der Tenor. Aber man habe nicht damit gerechnet, dass es derart viele treffen werde. Die Gewerkschaft Unia stellt sich derweil hinter der Belegschaft auf: „Wir weisen die Angestellten auf ihre Rechte hin und nehmen ihre Bedürfnisse auf, um ihre Interessen gegenüber Novartis formulieren zu können“, sagt Daniela Neves vom Vorstand der Unia. Im Communiqué fordert die Gewerkschaft Novartis auf, ihren Plan zum Stellenabbau zu überdenken. Die Entscheidung würde keiner wirtschaftlichen Logik folgen: „Der Aktienkurs ist seit 2009 stetig gestiegen und der Reingewinn pro Mitarbeiterin beträgt 63'349 US-Dollar, was im Vergleich zu anderen börsenkotierten Unternehmen enorm ist. Der an die Aktionärinnen ausgeschüttete Gewinn des multinationalen Konzerns betrug 2017 11'765 Milliarden US-Dollar. Es ist schockierend, dass die Arbeitnehmenden nun mit ihrer Existenzgrundlage für diese enormen Profite der Aktionäre bezahlen sollen.“ Die Gewerkschaft fordert ferner, dass eine tripartite Kommission eingesetzt wird zu den Gründen, die zu diesem Plan zur Vernichtung von Arbeitsplätzen geführt haben. „Es müssen Lösungen gefunden werden, damit die Novartis ihren Entscheid zurückzieht und den Abbau von Arbeitsplätzen stoppt.“ Noch hofft sie auf die Erhaltung aller Arbeitsplätzen,

Die Stadt Basel ist am stärksten vom Stellenabbau betroffen: 1000 Personen werden hier ihre Arbeit verlieren. Trotzdem will man in der Rheinstadt - mit der SP an vorderster Front - Steuergeschenke für Grossunternehmen durchsetzen. Novartis hatte kein gutes Timing: „Das ist ein schlecht gewählter Zeitpunkt und hilft uns nicht“, klagt der Basler SP-Nationalrat Beat Jans. Die Steuerreform hat ausdrücklich den Zweck, insbesondere die hier ansässigen Pharmakonzerne bei Laune zu halten. Offenbar nützt jedes Katzbuckeln nichts, wenn es um Gewinnmargen geht. Die Organisationen links der SP und Grünen, darunter die Kommunistische Jugend Basel (KJB), haben dagegen das Referendum ergriffen. „Wir fordern jetzt nicht nur den Rückzug der Steuerreform, sondern auch die Aufhebung aller Steuersenkungen der letzten Jahre“, sagt Seyhan Karakuyu von der KJB.

Tarek Idri.

Vorwärts, 4.10.2018.

Vorwaerts > Novartis. Entlassungen. Vorwaerts, 2018-10-01